

Editorial

Autor(en): **Zillig, Elisabeth**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Die Privatschule = L'école privée = La scuola privata**

Band (Jahr): - **(1999)**

Heft 3

PDF erstellt am: **24.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Editorial

Am 18. November luden der Verband Schweizerischer Privatschulen, der Verband Katholischer Privatschulen und die Arbeitsgemeinschaft der Rudolf-Steiner-Schulen zu einer bildungspolitischen Veranstaltung in Freiburg ein. Der Anlass stand unter dem Titel **Private Bildung – Privileg oder Grundrecht?** Nach einem bildungspolitischen Aperçu im Kanton Waadt im Jahre 1998 war das der zweite Anlass dieser Art. Wiederum erhielten Politikerinnen und Politiker, Vertreterinnen und Vertreter der Bildungsbehörden und Exponenten der Privatschulen Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch. Die Veranstaltung entsprach offensichtlich einem grossen Bedürfnis, haben doch gegen 50 Personen daran teilgenommen.

Das Grundsatzreferat des Freiburger Erziehungsdirektors, Regierungsrat Prof. Augustin Macheret, sowie die Referate der Vertreterin des VSP, Frau Elisabeth Butty, und des Geschäftsführers der Katholischen Schulen Schweiz, Bruno Santini, gaben zu reger Diskussion Anlass: Obwohl es im Kanton Freiburg ein gutes Einvernehmen zwischen Staat und Privatschulen gibt, fordern die Privatschulen eine finanzielle Besserstellung. So schlägt Elisabeth Butty vor, dass die Gemeinden denjenigen Familien, deren Kinder Privatschulen besuchen, finanziell entgegenkommen und zwar in dem Ausmass, wie diese Familien die staatlichen Schulen entlasten. Ähnlich votierte Bruno Santini, der über die finanziellen Forderungen hinaus sich für Bildungsppluralismus engagiert. Im internationalen Vergleich betreibe die Schweiz einen Bildungsstatismus, der die Wahlfreiheit stark beeinträchtigt oder gar verunmöglicht. Er plädiert für eine Bildungspolitik, welche die private Bildung nicht als Privileg, sondern als Grundrecht deklariert.

Die angeregte Diskussion zeigte einmal mehr, dass die Notwendigkeit und die Existenzberechtigung der Privatschulen unbestritten ist. Fraglich ist indes deren Finanzierung. Direkte Beiträge der öffentlichen Hand scheinen in der Zeit der knappen Mittel problematisch. Als realistischer erscheint dagegen die Idee der staatlichen Leistungsaufträge an private Bildungsinstitutionen aufgrund von klar definierten Submissionsverfahren. Verschiedene der anwesenden Bildungspolitiker zeigten sich bereit, entsprechende Modelle zu prüfen.

Wir betrachten das Treffen in Freiburg als Beitrag zur bildungspolitischen Entwicklung der Region. Die positiven Erfahrungen ermutigen die Veranstalter, ähnliche Anlässe auch in anderen Gegenden, insbesondere in der deutschen Schweiz zu organisieren. Wichtig sind nämlich nicht nur gute Kontakte zu den nationalen, sondern auch zu den kantonalen oder regionalen Entscheidungsträgern.

Elisabeth Zillig

Elisabeth Zillig

